

Bürgerbrief: Kommunikationsverweigerung und wachsende Gewalt (Kriege)
 von Franz Witsch
 Hamburg, 06.07.2017

Liebe FreundeInnen des politischen Engagements,

Zur Zeit entsteht ein etwas umfangreicherer Text. Es wird um den Begriff „Kommunikationsverweigerung“ gehen, ein sozialer Sachverhalt, der zu schaffen macht, jedenfalls mir, als vor ungefähr 10 Monaten mein Verhältnis zur „Neuen Gesellschaft für Psychologie“ (ngfp.de) zu Ende ging (siehe **BB146**, **BB135**); nicht ganz einfach, so etwas zu verarbeiten, was notwendig ist im Interesse analytischer Fähigkeiten.

In der Sozialtheorie bzw. öffentlichen Diskussion spielt der Begriff „Kommunikationsverweigerung“ so gut wie keine Rolle. Was etwas verwundert, weil zu reichende Kommunikation eine notwendige Bedingung für sozialverträgliche soziale Beziehungen bis hin für eine friedliche Welt (ohne Krieg) ist. Diese These behandle ich in meinen Büchern (**DPB**, **DP2**, **DP3**, **DP4**, **MP1**, **MP2**) ausführlicher, und sie spielt im nächsten Text aus einer etwas persönlicheren Perspektive, explizit aus der des Subjekts (Die Wahrheit ist konkret, wie Hegel sagte), einmal mehr eine Rolle; immer eingedenk, dass es eine Verbindung zwischen Subjekt und Gesellschaft gibt, mehr oder weniger sozialverträglich, die nicht aus den Augen verloren werden darf. Eigentlich sollte das ein Programmpunkt der NGfP sein, der indes nicht nur dort, sondern in der gesamten Sozialtheorie ignoriert wird. Stattdessen jammert man rum, wie ungerecht die Welt doch sei, oder man hält endlose Sonntagsreden über Freiheit und Demokratie.

Ich glaube in der Tat, dass ein Zusammenhang zwischen Kommunikationsverweigerung, an der immer einzelne Subjekte mitwirken, und wachsender Gewaltmentalität, mithin den zahlreichen Kriegen in der Welt hergestellt werden kann, ein Zusammenhang, für den v.a. der Westen die Hauptverantwortung trägt, nicht nur weil er den Irak-Krieg begonnen hat, sondern auch weil er den Syrien-Krieg gegen die Assad-Regierung inszeniert hat (vgl. **Q02** bis **Q06**).

Kritik, Protest und Widerstand werden seit den 1970er Jahren für herrschende Machtinteressen instrumentalisiert bzw. kanalisiert, vornehmlich indem der Widerstand, siehe die Entwicklung hin zur RAF, durch den Staat zunächst radikalisiert (gewaltbereit gemacht) wird, um ihn dann wohlfeil kriminalisieren zu können.

Wie das mit der Kriminalisierung funktioniert, erleben wir anlässlich des G20-Widerstands einmal mehr: Innenminister Thomas de Maizière und Justizminister Heiko Maas überbieten sich gegenseitig mit ihren martialischen Aussagen: man werde im Falle von Gewalt hart durchgreifen. Als würde man förmlich darauf warten, wieder mal zuschlagen zu dürfen gegen Bürger, die Kritik äußern und Widerstand leisten. Dabei ist es völlig unerheblich, ob der Widerstand in sich stimmig formuliert oder begründet wird. Wird er m.E. nicht. Unabhängig davon gibt es gute Gründe dafür, dass der Staat die wachsende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft heraufbeschwört, zumal nachweislich nicht nur durch martialische Verlautbarungen, sondern durch von den Geheimdiensten gesteuerte kriminelle Taten (**Q02** bis **Q06**).

Alles fängt damit an, dass Politiker Kritik grundsätzlich mit Kommunikationsverweigerung begegnen. Diese äußert sich in den verschiedensten Formen, u.a. in einem Interview, das Heiko Maas dem Spiegel gegeben hat, in dem er gegen „Gott und die Welt“ sein Netzwerkdurchsuchungsgesetz (**NetzDG**) vollkommen autistisch verteidigte, um es im Bundestag nur gegen die Stimmen der Partei „Die Lin-

ke“ durchzubringen. Die Grünen enthielten sich, waren aber offensichtlich froh, dass das Gesetz ohne ihre Stimmen verabschiedet wurde (**Q07, Q08, Q09**).

Mit anderen Worten: man setzt sich mit Argumenten nicht auseinander; namentlich nicht mit der These, dass der Westen für die Syrien-Tragödie die Hauptverantwortung tragen könnte. Dass dem sehr wahrscheinlich so ist, belegen jedenfalls viele Quellen, die ich für vergleichsweise seriös halte (vgl. **Q02 bis Q06**).

Vor allem nimmt man nicht zur Kenntnis, dass die Kriege im Nahen Osten und in Afghanistan nicht zu gewinnen sind, bzw. dazu geführt haben, dass soziale Strukturen nicht mehr befriedet werden können. In Libyen sehen wir das: es gibt buchstäblich keine Gesellschaft mehr nach dem vom Westen militärisch herbeigeführten Sturz von Gaddafi, dafür ein Kampf „jeder gegen jeden“. Was das heißt, illustriert ein Artikel von „german-foreign-policy.com“ sehr anschaulich (vgl. **Q01**).

Übrigens kritisiere ich nicht nur den Westen, sondern auch Russland. In einem früheren Bürgerbrief war ich z.B. der Meinung, dass es ein Fehler gewesen sei, eigentlich ein Verbrechen, dass die Russen in den Syrien-Krieg eingegriffen hatten (**BB104**). Auch wenn sie das im Einklang mit dem Völkerrecht taten, weil sie von der syrischen Regierung gerufen wurden. Unbenommen davon, dass ich die russische Intervention für ein Verbrechen halte, trägt Russland für den Unfrieden in der Welt schon lange nicht mehr, im Grunde seit der Wende, die Hauptverantwortung: Sie wollen sich mit dem Westen verständigen, der Westen mit Russland nur zu Bedingungen, die für Russland nicht annehmbar sind.

Davon abgesehen bringt die russische Intervention in Syrien nichts. Vor allem wird sie die allseitige Zerstörungswut nicht zurückführen. Dafür ist es zu spät; eben weil der Westen nicht bereit ist, mit Russland und China gegen den islamistischen Terror zusammenzuarbeiten – als wolle er nicht, dass der Terror aufhört. Wahrscheinlich stimmt das sogar.

Jede Militärintervention gegen ein anderes Land ist ein Verbrechen. Diese Ansicht machte schon Erasmus von Rotterdam gegen Martin Luther geltend, im Briefwechsel mit ihm, dem er schon bald eine religiös motivierte Gewalt-Mentalität zuschrieb. Erasmus zufolge gibt es keine – auch keine human motivierten – Verteidigungskriege, sind (humane) Motive (das Innere eines Menschen) doch beliebig konstruierbar, d.h. nicht widerlegbar bzw. überprüfbar.

Übrigens: nach dieser Kritik an Luther beendete Luther die Kommunikation mit Erasmus. Kein Briefwechsel mehr. Die Beziehung zwischen ihnen war zerrüttet.

Herzliche Grüße
Franz Witsch
www.film-und-politik.de

Quellen:

- BB104:** Wollen Kanzlerin Merkel und ihr Finanzminister Schäuble die Auflösung der EU?, <http://film-und-politik.de/Politik/BB-bis200.pdf> (S.7)
BB135: Die NGfP – ein Verein wie jeder andere?
<http://film-und-politik.de/Politik/BB-bis200.pdf> (S. 95 - 101)
BB146: Der Dokumentarfilm „National Bird“ (über US-Drohnen-Morde)
<http://film-und-politik.de/Politik/BB-bis200.pdf> (S. 123)
DPB: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers. Erster Teil: Zum Begriff der Teilhabe, Norderstedt 2009 (zit. n. 2015)

DP2: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers. Zweiter Teil: Mehrwert und Moral, Norderstedt 2012 (z.n. 2017)

DP3: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers. Dritter Teil: Vom Gefühl zur Moral, Norderstedt 2013 (z.n. 2017)

DP4: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers. Vierter Teil: Theorie der Gefühle, Norderstedt 2012 (zit. n. 2015)

MP1: Franz Witsch, Materialien zur Politisierung des Bürgers, Bd.1: Ökonomische und moralische Voraussetzungen einer sozialverträglichen Gesellschaft, Norderstedt 2015

MP2: Franz Witsch, Materialien zur Politisierung des Bürgers, Bd.2: Kommunikation unter Verdacht. Norderstedt 2015

Q01: Die Schlacht um Mossul (V)

german-foreign-policy vom 04.07.2017 (Text siehe weiter unten)

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59631>

Q02: Dr. Daniele Ganser: Wie uns illegale Kriege schmackhaft gemacht werden - Sündenfall Kosovo 1999, <https://www.youtube.com/watch?v=j98QBCuvOVg>

Q03: Dr. Daniele Ganser in Köln: Hinter den Kulissen – Was in Syrien wirklich passiert, <https://www.youtube.com/watch?v=jz-R7u4Q44>

Q04: Der Krieg in Syrien und die blinden Flecken des Westens

Blätter für deutsche und internationale Politik, von Michael Lüders

<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2017/maerz/der-krieg-in-syrien-und-die-blinden-flecken-des-westens>

Q05: Die wahre Politik im Nahen Osten, Vortrag von Michael Lüders

youtube.com vom 08.04.2017, https://www.youtube.com/watch?v=36C_SyYaTmo

Q06: USA drohen mit weiteren Angriffen, Russland schickt Fregatte mit Marschflugkörpern. Telepolis vom 08.04.2017, von Florian Rötzer

<https://heise.de/-3678764>

Q07: Heiko Maas im Gespräch mit dem „Spiegel“: „Bis zum bitteren Ende“

„Der Spiegel“ 22/2017 (vom 29.05.2017)

Q08: Bundestag winkt Zensurgesetz durch

Telepolis vom 30.06.2017, von Peter Mühlbauer

<https://heise.de/-3760024>

Q09: Zensur in Sozialen Medien: Bundesregierung beschließt weitreichende Kontrolle über das Internet, DWN vom 30.06.2017

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/06/30/bundesregierung-beschliesst-weitreichende-kontrolle-ueber-das-internet/>

ad Q01: Die Schlacht um Mossul (V), der erste Absatz im Wortlaut:

BERLIN/MOSSUL (Eigener Bericht) - Die Zahl ziviler Todesopfer bei den Luftangriffen der westlichen Koalition gegen den IS steigt dramatisch weiter. Laut der Organisation Airwars sind in der Schlacht um Mossul, an der sich die Bundeswehr mit Tank- und Aufklärungsflugzeugen beteiligt, mindestens 900 bis 1.200 Zivilisten durch Bombardements westlicher Streitkräfte ums Leben gekommen, vermutlich sogar erheblich mehr. Die Organisation Iraq Body Count geht von deutlich über 1.100 zivilen Todesopfern im März und April allein in West-Mossul aus. Auch im syrischen Raqqa sind laut Airwars bislang über 700 Zivilisten durch westliche Luftangriffe zu Tode gekommen. Die Aussichten für die Zeit nach dem militärischen Sieg über den IS sind düster: Wie die Entwicklung in anderen dem IS entrissenen Städten zeigt, geht der Wiederaufbau mangels ausreichender Hilfgelder nur schleppend voran; der IS setzt seine Terrorkampagne im Untergrund fort, während willkürliche Repression gegen Sunniten ihm erneut Kämpfer zuzutreiben droht. Die Bundesregierung hat Hilfe angekündigt; tatsächlich reichen die Mittel jedoch lediglich aus, um die erneute Flucht Hunderttausender nach Europa zu verhindern.